

## Zuwanderung und Entwicklungspolitik

Das „Gemeinsame Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht“ von 1997 stieß nach seiner Veröffentlichung auf erhebliche Kritik aus der Politik, vor allem wegen der Feststellung, Deutschland sei zwar „nicht im rechtlichen, aber im gesellschaftlichen und kulturellen Sinn“ faktisch zu einem Einwanderungsland geworden (Nr. 20). Dies hat sich grundlegend geändert, denn heute wollen alle Parteien ein Einwanderungsgesetz, auch wenn es in vielen Punkten noch erhebliche Differenzen zu geben scheint. Man kann dies nur begrüßen, muß sich freilich die Frage stellen, warum derartige Tatsachen erst so spät von der Politik aufgegriffen oder zumindest wahrgenommen werden.

Kennzeichnend für die Beweggründe, die – zumindest in den beiden großen Volksparteien – zu diesem Umschwung geführt haben, ist die Kampagne für Green Cards, die von Bundeskanzler Gerhard Schröder angestoßen wurde und die der bayerische Innenminister Günther Beckstein am ehrlichsten auf den Nenner gebracht hat, als er sinngemäß sagte: Wir wollen, „daß jene zu uns kommen, die uns nützen, und nicht jene, die uns ausnützen“. Ausschlaggebend war also der von Experten schon lange vorhergesagte Mangel an Arbeitskräften in wichtigen wirtschaftlichen Bereichen. Die gegenwärtige Debatte kreist daher primär um die Frage, wie viele Menschen pro Jahr nach welchen Kriterien (Punktesystem) zuwandern dürfen, wobei man je nach Bezugsgröße (Arbeitsmarkt, Altersstruktur usw.) zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen kommt. Da man aber aus wahltaktischen Gründen deren Zahl vorläufig vermutlich möglichst niedrig halten will, wird man wohl ein Gesetz verabschieden, das schon in wenigen Jahren erheblich revidiert werden muß.

Man kann nur hoffen, daß diese ökonomischen Eigeninteressen, die in sich durchaus legitim sind, nicht zu Lasten humanitärer Motive gehen, auf die vor allem politisch verfolgte Asylsuchende angewiesen sind. Politische Verfolgung, aber auch andere Notlagen nehmen nämlich keine Rücksicht darauf, wer für die Wirtschaft von Vorteil ist. Darauf müssen gerade die Kirchen immer wieder hinweisen, denn sie „sind dem unnützen Menschen verpflichtet, der vor Hunger, Folter, Krieg geflohen ist; dem als Illegalem Menschenrechte vorenthalten werden“ (Süddeutsche Zeitung, 11. 7. 2001).

Was in der politischen Debatte ebenfalls zu kurz kommt, ist die Frage, wie man diese Menschen aufnehmen soll und welche Rechte sie beanspruchen können. Die leidige Debatte um die „Leitkultur“ hat einmal mehr gezeigt, wie emotional diese Themen besetzt sind, wie leicht sie für einen populistischen Wahlkampf mißbraucht werden können und wie leichtfertig man dabei mit Fakten umgeht. So werden zum Beispiel immer wieder mit hohen Zuwanderungszahlen Ängste geschürt – die seit Jahren fast ebenso hohen, in einigen Jahren sogar höheren Abwanderungszahlen werden jedoch verschwiegen.



Langfristig noch weit gravierender ist freilich ein anderes Problem, das in der politischen Debatte bisher kaum eine Rolle spielt, nämlich die Folgen der Abwanderung hochqualifizierter Menschen für die jeweiligen Herkunftsländer. Natürlich ist es für mögliche Zuwanderer ein großer Anreiz, einen im Vergleich zu ihrem Herkunftsland weit höheren Lohn zu erhalten. Wenn es sich dabei um arbeitslose Fachkräfte handelt, die Geld in ihr Heimatland überweisen oder im Ausland Kapital und Erfahrung sammeln, um nach ihrer Rückkehr eine eigene Existenz zu gründen, dann ist dies per Saldo vermutlich von Vorteil.

Häufig handelt es sich freilich um Experten, die diese Länder für die eigene Entwicklung selbst dringend benötigen und für deren Ausbildung sie viel Geld aufgewendet haben. So schätzt der jüngste „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), daß allein die USA jedes Jahr etwa 100 000 indischen Wissenschaftlern, vor allem aus der Computerbranche, neue Visen erteilen. Dies verursache einen Verlust von etwa zwei Milliarden Dollar pro Jahr, denn die Ausbildung eines Hochschulabsolventen koste den indischen Staat 15 000 bis 20 000 Dollar. Umgekehrt hat die „Far Eastern Economic Review“ für Indien einen Bedarf von gut zwei Millionen Fachkräften der Informationstechnologie bis zum Jahr 2008 errechnet.

Dieser Verlust von Wissen („brain-drain“) ist um so schwerwiegender, als das Humankapital, also gesunde und gut ausgebildete Menschen, nach Meinung aller Experten der wichtigste Faktor ist, um sich mit Erfolg an der Globalisierung beteiligen zu können. Wenn die Abwanderung von Fachkräften jedoch nicht schließbare Lücken entstehen läßt, dann wird sich die Kluft zwischen Arm und Reich noch mehr vertiefen, was wiederum die globalen Probleme – nicht zuletzt von Armutswanderungen – weiter verschärfen wird.

Vielfältige Positionspapiere und Erklärungen der gegenwärtigen (wie schon der alten) Bundesregierung zur Notwendigkeit globaler Strukturpolitik, zur Entwicklungspolitik als Krisenprävention und zur Ursachenbekämpfung von Flucht und Armutsemigration zeigen, daß die erwähnten Zusammenhänge bekannt sind. Man sollte daher erwarten, daß in den Auseinandersetzungen um die Zuwanderung und Anwerbung von Fachkräften die Rückwirkungen auf die Herkunftsländer eine hohe Priorität einnehmen, da dies auch im langfristigen Eigeninteresse Deutschlands läge. Die tatsächliche Debatte zeigt dagegen, wie weit man noch von der so oft angemahnten Kohärenz der Entwicklungspolitik entfernt ist. Leider gibt der Entwurf des Bundeshaushalts 2002, der – im eklatanten Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung – eine Abnahme des Entwicklungshilfehaushalts um 5,3 Prozent plant, wenig Grund zum Optimismus. Wie man die wachsenden internationalen Probleme mit immer weniger Geld bewältigen will, bleibt jedenfalls ein Geheimnis. Natürlich muß man sparen, aber man sollte dabei nicht gerade bei den Ärmsten beginnen.

*Johannes Müller SJ*